



ASTA-INFO

28.4.70

22

STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

Kommt zum 1. Mai
10-Uhr J. Liebig Haus
DGB-Kundgebung

ZUM 1. MAI

Unterstützt die sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingsgruppen!

Die Hochschule ist nicht der Nabel der Welt

"DIE BORNIERTE HOCHSCHULPOLITIK ÜBERWINDEN" - diese Parole ist das Resultat der Studentenschaftspolitik der letzten 1 1/2 Jahre (s. Asta-Info 19 vom 24.2.70):

...wir haben unsere politische Rolle als Studenten maßlos überschätzt, weil wir es als selbstverständlich ansahen, daß wir als Akademiker überall die Führung haben müßten. Dabei haben wir es vernachlässigt, die Bedingungen im Produktionsbereich zu analysieren, die zur technologischen Hochschulreform führten und haben deshalb nicht erkannt, daß erst dann die Wissenschaft vollständig in den Dienst der Menschen gestellt werden kann, wenn auch demokratisch über das Wie, Warum, Wofür der Produktion und des Einsatzes der Wissenschaft in der Produktion entschieden werden kann.

Wir haben völlig isoliert von den wichtigsten Vorgängen der Gesellschaft, nur orientiert an unseren eigenen Wünschen, Vorstellungen und Erfahrungen Forderungen gestellt und versucht sie durchzusetzen. Damit sind wir nicht über eine ständige Interessenpolitik, die niemanden außerhalb des Hochschulbereiches interessiert, die nicht einmal die TH-Absolventen auf ihre Situation später im Beruf vorbereitete, hinausgekommen....

Unser Anspruch auf eine freie wissenschaftliche Arbeit, auf persönliche

Entfaltung ohne Leistungsdruck, auf Mit- und Selbstbestimmung war nur mit der idealistischen Vorstellung legitimiert, daß Wissenschaft doch befreienden Charakter haben müsse. Wir haben zwar abstrakt eingesehen, daß die Unterwerfung der Wissenschaft unter das Kriterium des Nutzens Weniger, bedingt ist durch die Verfügung der wenigen großen Kapitalbesitzer über die Produktionsmittel - also durch die kapitalistische Klassengesellschaft - haben daraus aber nicht die Konsequenz gezogen, daß die "Befreiung der Wissenschaft" erst das Ergebnis der Abschaffung der Kapitalistenklasse durch die Arbeiterklasse sein kann....

Die Grenzen der bisherigen Hochschulpolitik sind also erkannt und damit ist konkret klar geworden, daß wir unsere Ziele nur als Bündnispartner der lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten weiterverfolgen können.

Deshalb - und nicht nur zum 1. Mai - sollten wir uns gründlicher über den Stand der Kämpfe im Produktionsbereich informieren. Dieses Asta-Info entstand fast ausschließlich aus Materialien, die uns sozialistische Arbeiter- und Lehrlingsgruppen zur Verfügung stellten

Darmstadt: Lage bei Merck, Röhm & Haas:

STREIK ?

Die Situation in den Darmstädter Chemie-Großbetrieben Röhm & Haas und insbesondere bei Merck hat sich verschärft. Man redet von Streik.

Hartnäckig beharren die Chemie-Bosse auf ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Forderungen der Belegschaften. Der eigentliche Grund der Unternehmer für ihr Verhalten liegt in den Konsequenzen, die sich durch die Forderung nach Abschluß von betriebsnahen Tarifverträgen ergeben:

Bisher sind Tariflöhne und -gehälter durch langfristige Verträge auf Landesebene abgesichert und ergeben durch die Rücksicht auf Existenzschwierigkeiten der Kleinbetriebe einen zu niedrigen Einkommenszuwachs für die Arbeiter und Angestellten der profitintensiven Großunternehmen.

Die fragwürdige Tarifpolitik einzelner Gewerkschaften führte im September vergangenen Jahres zu den "wildem" Streik. Die spontane Niederlegung der Arbeit tausender Arbeiter und Angestellter war die Folge einer ständigen Schmälierung ihrer Einkommen durch Preis-,

Miet- und Steuererhöhungen. Die Gewerkschaften hatten sich die Hände zu langfristig gebunden und die Bürokraten an der Spitze sahen sich ihrer Basis entfremdet.

Aufgeschreckt durch diese Erfahrungen, die sich in einem ständigen Mitglieder-schwund äußerten, und auf den Druck der Mitglieder hin, gingen sie auf die Forderung nach betriebsnahen Tarifverträgen ein. Der Anfang wird in 9 chemischen Großbetrieben Hessens gemacht und könnte zu einem Modellfall für die Bundesrepublik und West-Berlin werden.

Der starke Widerstand der Unternehmer ist auf materielle und politische Gründe zurückzuführen. Zweifellos würden solche z.B. für die Fa. Merck abgeschlossene Tarifverträge die Profite der Familie Merck schmälern, da die Arbeiter einen Teil des von ihnen geschaffenen Mehrwerts ohne Rücksicht auf die u.U. schlechtere Lage anderer Firmen fordern würden.

Zum anderen sehen die Unternehmer die mögliche Mobilisierung der Belegschaft bei betriebsnahen Tarifkämpfen. Es wird ihnen dann schwer fallen, mit falschen oder irreführenden Behauptungen, wie es derzeit bei der Fa. Merck geschieht, den Versuch zu machen, die Belegschaft zu verunsichern oder zu spalten.

Für die Arbeiter und Angestellten hat insbesondere die direkte Einflußnahme auf die Tarifverhandlungen eine wesentliche Bedeutung. So heißt es in einem Flugblatt der Sozialistischen Arbeitergruppen (SAG):

"Warum diesmal Zusatztarife auf Betriebsebene? - Weil wir dadurch eine Werkstatarkommission haben, die von unseren Vertrauensleuten gewählt ist; weil unsere Werkstatarkommission unseren Vertrauensleuten über die bisherigen Verhandlungen nach jeder Phase Rechenschaft ablegt und mit ihnen alle weiteren Schritte gemeinsam berät; weil damit Schluß ist mit Tarifkommissionen, die für uns in der Ferne verhandeln und auf die wir dann keinen Einfluß mehr haben; weil unsere Vertrauensleute uns Rechenschaftspflichtig sind und wir so in den Abteilungen unseren Einfluß in die Gangschale werfen können."

(Fortsetzung nächste Seite)

Lehrlinge fordern: Ausbildung statt Ausbeutung

In letzter Zeit häufen sich die Berichte über Lehrlingsaktionen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung richten. Bild schrieb: "Jetzt fangen unsere Lehrlinge auch noch an!" Die Proteste richten sich hauptsächlich gegen folgende Punkte:

1) **Ausbeutung:** Die Lehrlinge müssen im Betrieb produktive Arbeit verrichten, bekommen aber nur eine sog. Erziehungsbefreiung zwischen 120,- und 200,-. Dadurch macht der Unternehmer beträchtliche Extra-Profite (Der Kaufhof in Darmstadt spart durch seine Lehrlinge pro Monat über 50 000 DM!).

2) **Ausbildung:** Im Handwerk beschränkt sich die Ausbildung auf einige spezielle Bereiche, z.B. müssen manche 2 1/2 Jahre an der Stanzmaschine stehen oder 1 Jahr lang Schweizer Käse verkaufen. In der Industrie machen sie eine einjährige Grundausbildung durch, die aus Feilen oder Bohren besteht; dadurch werden sie so abgestumpft, daß sie es direkt als Erleichterung empfinden, die restliche Zeit in der Produktion arbeiten zu dürfen. Nach dem "neuen" Berufsbildungsgesetz ist es auch in die Hand der Unternehmer gelegt, ob die

Ausbildung 1,2 oder 3 Jahre dauert. (§26, Stufenplan, der von KRUPP übernommen wurde). Durch dieses reaktionäre Gesetz wird festgelegt, daß 70% aller Lehrlinge Hilfsarbeiten zu Hilfsarbeiterlohn verrichten müssen.

3) **Unterdrückung:** Die Lehrlinge müssen meist die letzten Drecksarbeiten verrichten, werden geschlagen und schikaniert, wo es nur geht. Um sich dagegen zu wehren, haben sich im Raum Darmstadt Lehrlinge und Arbeiter in Gruppen zusammengeschlossen und begonnen eine Organisation aufzubauen, die Revolutionäre Jugend (Marxisten-Leninisten)

Wir haben unsere Kameraden und Kollegen in einer Flugblattserie über das "neue" Berufsbildungsgesetz informiert. Wir werden gegen die Auswüchse der Unternehmer und Ausbilderwillkür den Kampf aufnehmen! Die grundsätzliche Änderung unserer Lage, die Beseitigung der Macht der Unternehmer, wird die Arbeiterklasse, deren Teil die Arbeiterjugend ist, erreichen, wenn sie ihre Macht erkennt und anwendet! KAMPF DEM REAKTIONÄREN BERUFSBILDUNGSGESETZ!



Von wegen neuem Berufsbildungsgesetz! Du bist hier nicht auf der Oberschule, sondern im Betrieb, und mußt erst mal parieren lernen, verstanden?

Streikbewegung in Westeuropa



Fortsetzung von Seite 14

Derzeit gehen die konkreten Forderungen der einzelnen Werkstarifkommissionen insbesondere dahin, die außertariflich gezahlten Leistungen für die Arbeiter und Angestellten tariflich abzusichern. Damit soll den Unternehmern die Möglichkeit genommen werden, solche Zahlungen in der kommenden Rezession zu streichen oder getroffene Vereinbarungen zu kündigen.

Die Unternehmer weigerten sich bisher, mit den von den Arbeitern gebildeten Firmentarifkommissionen zu verhandeln. Der reaktionäre Arbeitgeberverband hält sogar betriebseigene Tarifverträge für "verfassungswidrig".

Die Möglichkeit, Kampfmaßnahmen zu ergreifen, wird durch die Gesetzgebung stark eingeengt. Erst nach der am 28. April stattfindenden Landesschlichtung, der darauffolgenden Bundesschlichtung und einer Urabstimmung in den Betrieben kann gestreikt werden.

Offensichtlich ergreift die Fa. Merck bereits jetzt Vorsorgemaßnahmen, um einem Streik begegnen zu können. Produkte werden ausgelagert, verstärkte Lagerarbeiten durchgeführt und den Arbeitern und Angestellten werden erhöhte Überstunden abverlangt. Überdies ist die Geschäftsleitung damit beschäftigt, sogenannte Katastrophenkader aufzustellen, die - wie die Erfahrung aus anderen bestreikten Betrieben zeigt - als militante Streikbrecherkommandos eingesetzt werden können.

Ungefähr Mitte Mai dürfte die endgültige Entscheidung über den Streik durch eine ev. stattfindende Urabstimmung gefallen sein.

Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter, werden diese aktuellen Fragen auf der Gewerkschaftskundgebung diskutiert.

Die meisten Streiks weisen gemeinsame Merkmale auf. Ihre Hauptstoßrichtung richtet sich zumeist gegen den Lohnabbau über Preissteigerung und Inflation. Es zeigt sich in ihnen deutlich, daß die Arbeiter und übrigen Werktätigen begriffen haben, wie sie von den Kapitalisten während der Krisen zusätzlich betrogen werden. Deshalb haben fast überall die Streikenden Lohnforderungen gestellt. Aber nicht nur höhere Löhne waren das erklärte Ziel der Arbeitskämpfe, sondern auch das Eintreten für bessere Arbeitsbedingungen. Die Werktätigen schweigen nicht mehr länger zu den katastrophalen Verhältnissen in den Fabriken, die die Gesundheit und die Sicherheit der Arbeiter gefährden. Durch die Produktivitätssteigerungen produziert der Arbeiter in weniger Zeit mehr Erzeugnisse; dies bedeutet eine verstärkte Schaffung von Mehrwert, also Ausbeutung. Durch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen widersetzen sich die Streikenden an vielen Orten dieser verschärften Ausbeutung der arbeitenden Menschen. In Einzelfällen, vor allen Dingen in Italien, traten die Streikenden für soziale Verbesserungen im Krankenkassenwesen ein.

Ein weiterer Punkt war der Kampf gegen das Akkordsystem und die undurchschaubaren Systeme der Lohnfestsetzung. Eben diesen ökonomischen und sozialen Forderungen tauchten an vielen Abschnitten der Streikfronten, so z.B. in Spanien, Dänemark und Italien, politische Losungen auf. Die politischen Forderungen der Arbeiterklasse richten sich vor allen Dingen gegen den betrügerischen Komplott der Gewerkschaftsbürokratien mit dem Kapital. Die Streikenden entlarvten auf zahllosen Transparenten, Plakaten und Flugblättern die Lüge von der Sozialpartnerschaft, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung, Partecipation und staatliche Syndikate sind Mittel der Bourgeoisie und ihrer Agenturen in den Gewerkschaften, den Werktätigen Sand in Augen zu streuen, das Lohnsystem zu zementieren. Immer mehr Kräfte der Arbeiterklasse durchschauen diese Hinterlist der Bourgeoisie und wehren sich dagegen durch den offenen Kampf in den Betrieben.

Auch die Revisionisten, die gemeinsames Spiel mit den Gewerkschaftsbürokratien machen oder selbst zu den verräterischen Cliquen in der Gewerkschaft gehören, geraten immer mehr in die Schußlinie der Arbeiterklasse. In Ländern, in denen offen faschistische Regimes das Volk zu knebeln versuchen, werden durch die Arbeitskämpfe fortschrittlich-demokratische Forderungen unter den Werktätigen verbreitet.

Neue Formen des Kampfes

Die meisten Streiks entstanden spontan oder wurden von kleinen Gruppen angeregt. Gerade in diesen "wildem" Streiks war die Frontstellung der Arbeiter gegen Kapital und Gewerkschaftsbürokratie erbittert und hartnäckig. Während in den gewerkschaftlichen Streiks die Forderungen auf wirtschaftliche Verbesserungen beschränkt waren, gingen die Parolen der übrigen Arbeitskämpfe darüber hinaus und richteten sich auch auf politische Ziele. In Asturien z.B. wandten sich die Streikenden gegen das aufgepfropfte staatliche Syndikatssystem und forderten dessen Abschaffung. Sie protestierten außerdem gegen das reaktionäre Gewerkschaftsgesetz, das gegenwärtig vom Francoregime beraten wird. Die belgischen Grubenarbeiter wandten sich gegen die arbeitfeindliche Politik der eng mit der Regierung zusammenarbeitenden Gewerkschaftsführung. Auch in der nordschwedischen Streikbewegung nahmen politische Losungen, die sich gegen den Verrat der Gewerkschaft richteten, einen breiten Raum ein.

Spanien:

- 13.000 Bergarbeiter streikten vier Wochen lang in Andalusien. Sie forderten: Gratifikationen, Verdoppelungen des Renten- und Krankengeldes, Diskussionsfreiheit, Ausschaltung der staatlichen Syndikate;
- 14 000 Landarbeiter Andalusiens streikten für höhere Löhne.

Schweden:

- 5 000 Grubenarbeiter staatlicher Minen in Kiruna traten für 54 Tage gegen den Willen der Gewerkschaftsführung in den Ausstand. Ihre Forderungen: Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Abschaffung des undurchsichtigen Akkordsystems;
- Angeregt durch den Streik in Nordschweden, kämpften auch die Arbeiter von Volvo, SAAB, ASEA, Elektrolux und SKS erfolgreich um Lohnerhöhungen.

Dänemark:

- Rund 100 000 Arbeiter verschiedener Industriezweige, vor allem Werftarbeiter traten in einen 24-stündigen Warnstreik, der sich gegen die Wirtschaftsrestriktionen der rechtsbürgerlichen Regierung richtete. Der Streik wurde von den Gewerkschaften abgelehnt.

Westdeutschland:

- Bei Felten & Guilleaume in Köln streikten über 1 000 Arbeiter spontan gegen die Bspitzelung durch den Werkschutz.
- Über 800 Metallarbeiter bei Daimler-Benz in Sindelfingen traten in den Ausstand, um gegen Kürzungen der Leistungszulage und die analytische Arbeitsplatzbewertung zu protestieren.

- Mehrere tausend Fordarbeiter in Köln streikten spontan, um Forderungen wie Lohnzulagen, geringere Bandgeschwindigkeit usw. Nachdruck zu verleihen.
- Rund 700 Arbeiter unterbrachen für zwanzig Minuten die Arbeit, um in einer Düsseldorfer Waggonfabrik gegen die drohende Betriebsstillegung zu protestieren.
- Bei Honeywell, Dörnigheim (Hanau), wandten sich über 100 Arbeiter in einer einstündigen Arbeitsniederlegung gegen Teuerung und Mietwucher und verurteilten die Dividenderhöhungen.

Belgien:

- In der ostbelgischen Provinz Limburg kämpften 22 000 Bergarbeiter für eine 15%ige Lohnerhöhung und gegen den Prämienabzug durch die Gewerkschaften. Der Streik, der in Straßenkämpfen mündete, scheiterte am Widerstand der Regierung;
- Bei General Motors in Antwerpen erhoben sich 5 000 Automobilarbeiter spontan;
- In Geule (Limburg) streikten 70% der Belegschaft eines Fordwerkes;
- 400 Betriebseisenbahner des Stahlwerks Hoogovens in Ijmuiden streikten für eine Höherstufung der Lohngruppe.

Frankreich:

- In Südfrankreich streikten regional 75% der Eisenbahner für verbesserte Tarifverträge.

England:

- 10 000 britische Automobilarbeiter traten in einen spontanen Streik;
- In den Spencer-Stahlwerken, Llanwern (Wales), streikten 250 Hochofenarbeiter. Die Kapitalisten sperrten insgesamt 9 000 Stahlarbeiter aus;
- An über 400 Schulen streikten die Lehrer eine Woche lang, um eine Erhöhung des Jahresmindestlohns durchzusetzen.

Italien:

- 350 000 Textilarbeiter traten in einen 24-stündigen Streik, um Lohnangebote der Unternehmer zu erzwingen;
- Für 72 Stunden streikten die Gasarbeiter in 130 Bevölkerungszentren;
- Ebenfalls streikten die Angestellten der städtischen Wasserversorgung;
- 2 000 Kohlearbeiter streikten in Carbonia (Sardinien);
- Fast 90 000 Kraftfahrer traten in einen drei Tage dauernden Streik;
- 200 000 Arbeitskräfte der Sozialfürsorge führten einen dreitägigen Streik durch;
- Gegen die Inhaftierung von Streikenden führten die Gewerkschaften einen zweitägigen Generalstreik durch.

Die Profite steigen...
Der Lohn bleibt unten

Tatsachen
Zahlen
Argumente

Die Regierung der SPD und FDP, die so tun, als seien sie besonders sozial, liberal oder arbeiterfreundlich, setzt die reaktionäre Politik der CDU/CSU auf wirtschaftlichem Gebiet fort. Das bedeutet, daß sie die raketenhaft steigenden Gewinne der Unternehmer schützt und mehrt, während sie dem Arbeiter und Angestellten das Geld aus der Tasche zieht.

Die Preise klettern...

Jeder Kollege, jede Kollegin spürt diesen Betrug tagtäglich am eigenen Leib. Seit März 1969 sind die Preise unaufhaltsam gestiegen. Im Durchschnitt um 4%! Seit Beginn des neuen Jahres erleben wir eine weitere Preisflut. Wo wir auch hinschauen, alles wird teurer. Nehmen wir nur einige Beispiele:

- Von Januar bis Februar stieg der Kartoffelpreis allein um 4 1/2 %.
- Brot und Mehl verteuerten sich innerhalb eines Monats um 1/2 bzw. 1 1/2 %.
- Mitte März mußte man für Frischobst runde 12 % mehr auf den Ladentisch legen als einen Monat zuvor.
- Die Wohnungsmieten klettern pro Monat um durchschnittlich 1/2 %.

Auf das ganze Jahr 1970 umgerechnet, ergibt das eine Teuerung von mindestens 6%. Durch Schillers Konjunkturmaßnahmen - z. B. den hohen Diskontsatz - sind besonders die Mieten gefährdet. Bei ihnen muß eine Steigerung von 7 bis 12 Prozent in diesem Jahr erwartet werden. Dazu kommen die stetigen Preissteigerungen bei Strom, Gas und weiteren Brennstoffen. Vor allem in den Städten macht sich immer mehr die Erscheinung des Mietwuchers breit: oft wird die Miete (vor allem in Altbauwohnungen) einfach verdoppelt oder auf andere Weise drastisch heraufgesetzt. Nimmt es da einen noch wunder, wenn der Zahltag nirgendwo hinlangt?

Lügenmärchen der Unternehmer...

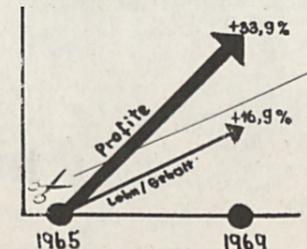
Die Kapitalisten und ihre Freunde in Regierung und Presse halten einem immer entgegen, daß Lohnsteigerungen an dieser Teuerung schuld seien. Mit diesen abgedroschenen Lügenmärchen können sie aber niemanden für dumm verkaufen. In Wirklichkeit benutzen die Unternehmer die Preistreibeerei dazu, zusätzliche Gewinne (sogenannte Extraprofite) herauszuschlagen. Allein im verflorbenen Jahr betrug diese Extraprofite durch Teuerung über 10 Milliarden Mark, die rest-

los aus dem Geldbeutel der Arbeiter und Angestellten stammen. Diesen Betrug an uns kann man durch keine Lüge zudecken.

Die Lohnkosten machen an den gesamten Produktionskosten lediglich einen Fünftel-Anteil aus. Lohnerhöhungen schlagen schon deshalb nicht besonders ins Gewicht. Außerdem sind die Lohnerhöhungen, verglichen mit den hochschnellenden Profiten und Preisen, weit unter dem Strich.

Die Riesenprofite des Kapitals...

In der Zeit von 1965 bis 1969 stiegen die Reallöhne und Gehälter (wirklicher Lohn nach Abzug der Steuern und Preissteigerungen) um lediglich drei Prozent pro Jahr. Im ganzen Zeitraum also nur um 16,9 %.



Dagegen schnellten die Reingewinne und Einkommen der Kapitalisten um volle 33,9%, also um das Doppelte der Lohnsteigerung, nach oben. Das ist nämlich die Wahrheit: während die Löhne und Gehälter im Schneckentempo dahinkriechen, explodieren die Gewinne! Allein die Unternehmer und ihr System der hemmungslosen Profitgier verschulden die inflationäre Entwicklung, die sich Jahr um Jahr verstärkt und einen Ausweg in der Krise sucht.

Es ist geradezu so, daß die Gewerkschaftsführung viel zu lasch an die Frage der Lohn- und Gehaltsforderungen herangeht: Beweis dafür ist die sich rasch vergrößernde Kluft zwischen Lohn und Profiten.

Wenn die Stahl- und Bergbauarbeiter im vergangenen Herbst z. B. nicht selbst den Streik ausgerufen hätten, wären die Profite der Stahl- und Zechenbosse noch toller ausgefallen. In den September-Streiks wurde gezeigt, wie man sich gegen zunehmende Ausbeutung, gegen den finanziellen Ausverkauf durch die Unternehmer wehren kann. Wenn man, wie gewisse Gewerkschaftsführungen zu tun pflegen, stillhält, dann haut einan das Kapital noch mehr übers Ohr.